

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Veranstaltung: Tagesblatt Riesner.
Gemein Nr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21304.
Groschasse Riesner Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesner, sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 87.

Mittwoch, 13. Februar 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Reichspostanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für irgend welche Nachweise und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Beste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Der noch rückständige Wasserversand auf das 4. Vierteljahr 1917 ist längstens bis zum 22. Februar 1918 an unsere Stadthauptkasse abzuführen.

Der Rat der Stadt Riesner, am 12. Februar 1918.

Vollmilchmarken

auf die Zeit vom 18. Februar bis 17. März 1918 werden Freitag, den 15. Februar 1918, nachm. von 3-5 Uhr in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus ausgegeben. Die verspätete Entnahme der Vollmilchmarken hat künftig in unserer Lebensmittelkartenzentrale — Rathaus, Zimmer Nr. 13 — zu erfolgen und ist hierfür eine Veräumerungsgebühr von 50 Pf. zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesner, am 13. Februar 1918.

Wilson antwortet Hertling und Czernin.

Washington, 12. Februar. (Melbung des Reuterschen Bureau.) In seiner Rede, welche Wilson gestern im Kongress hielt, führte er aus:
Auf meine Rede vom 8. Januar und die des englischen Premierministers vom 5. Januar haben der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin am 24. Januar geantwortet. Die Antwort des Grafen Czernin ist in einem sehr freundlichen Ton gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Kriegsziele. Wenn er angedeutet haben soll, daß mir seine Ansichten zuvor mitgeteilt wurden, so ist er sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung vorher von dem, was er zu sagen beabsichtigte. Graf Hertling's Antwort ist sehr unbestimmt und voll zweideutiger Sätze. Sie bestätigt leider mehr den unglückseligen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Er weigert sich, unsere allgemeinen Grundzüge auf die wesentlichen Punkte für eine endgültige Abmachung anzuwenden, er ist mißtraulich gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Beratungen. Er scheint darauf zu bestehen, daß der Grundgedanke öffentlicher Diplomatie auf Allgemeinheiten beschränkt werde, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiete und Staatshoheit, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den in Folge ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er erhebt keine Einwendung gegen eine Beschränkung der Rüstungen; diese Angelegenheit würde sich durch die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber verlangt er, ihm ohne Erörterung zurückzustellen. Er will nur mit England über das Schicksal der baltischen Länder, mit der französischen Regierung über die Räumung des französischen Gebietes, mit Oesterreich über Polen verhandeln. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er Oesterreich und der Türkei, die Vereinbarungen hinsichtlich der nicht-türkischen, dem gegenwärtigen osmanischen Reich zugehörigen Völker den türkischen Behörden allein. Nachdem ein Abkommen in dieser Weise nach allen Seiten durch Einzelverhandlungen erzielt ist, hätte er keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen zur Sicherung des Gleichgewichts der Kräfte gegen Störungen nach außen. Auf einer solchen Basis kann aber unmöglich ein allgemeiner Frieden erzielt werden.

Die Methode des deutschen Reichskanzlers ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Auf dem Spiele steht der Weltfrieden, eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf den weltlichen und allumfassenden Grundzügen von Recht und Gerechtigkeit. Es ist möglich, daß Graf Hertling diese nicht sieht oder versteht. Hat er die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli vollkommen vergessen oder übersehen er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfrieden hängt ab von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme, auf welche ich hingewiesen habe. Diese Probleme, jedes für sich und insgesamt geben die ganze Welt an, und nur, wenn sie im Geiste selbstloser und unbeeinträchtigter Gerechtigkeit gelöst werden, kann ein dauernder Friede erreicht werden. Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in gerechter Weise geschoben, keineswegs beigelegt. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt in einem Gerichtshof der ganzen Menschheit spricht? Die Reichstagsentscheidung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen; es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherzigt und registriert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein gebieterischer Grundsatz, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden. Ein allgemeiner Friede kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengesetzt werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an welcher sie irgendwie beteiligt sind, zusammenschließen, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden. Die Vereinigten Staaten haben keinen Grund, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schlichter zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Herrlichkeit zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gerne annehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die

von ihnen vorgeschlagenen Lösungen nicht die besten und dauerhaftesten sind. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, zu Mitbetroffenen in den Leben und der Unerblichkeit, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind, und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr wie irgend eine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zukommt. Wir sehen keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht wird.

Dieser Krieg hatte seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen und die vereinigte Macht aller Nationen, welche die Gerechtigkeit leben, müssen solche Dinge künftig unmöglich machen. Wenn nun aber Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nichtbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Graf Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Die internationalen Beziehungen der Völker werden ebenso sehr berührt wie der Zutritt zu den Rohmaterialien zu billigen und gleichen Handelsbedingungen. Graf Czernin scheint einen klaren Blick über die fundamentalen Elemente des Krieges zu haben, jedoch scheint er sie verdunkeln zu wollen. Er sieht ein, daß ein unabhängiges Boleu, zusammengesetzt aus allen Ländern der polnischen Rassen, gebildet werden muß. Er sieht ferner ein, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Wenn er über Fragen schweigt, welche die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Oesterreichs allein berühren, so ist dies natürlich, und er fügt, daß Oesterreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeiten eingehen kann, als dies Deutschland möglich ist. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bündnis in seiner Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundzüge sind folgende:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmtesten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, welcher dauernd ist, herbeiführen wird;
2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staats- oberhoheit in eine andere herumgeschoben werden;
3. daß jedoch jede Lösung einer Gebietsfrage, welche durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und des als Teil eines hohen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;
4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Bereinigung alter Elemente von Zwist und Geanerei, die den Frieden Europas, somit der ganzen Welt, wahrscheinlich bald wieder stören würden, anzufangen.

Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als den Krieg fortzusetzen. Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundzüge schon überall als zwingend akzeptiert worden, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland mißsensfähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verbinden, was alle Welt nur als gerecht ansieht. Ich wäre kein wahrhaftiger Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesem Kriege wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind, und daß wir auf dem grundlegenden eingeschlagenen Wege niemals umkehren können.

Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im ganzen geschehen ist. Unsere Truppenbewegungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung von der Bedrohung und von der Vordringlichkeit selbstthätiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbegrenzt und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgelaarten

Rohlenabgabe in Gröbba!

Donnerstag, den 14. Februar, von 8 Uhr vormittags ab wird im neuen Saal an die hiesigen Einwohner, soweit sie in den Kundenlisten der Händlerin Frau Seyffert und des Händlers Herrn Deone eingetragen worden sind, böhmische Braunkohlen abgegeben. Beliefert wird der Januar-Abchnitt der Grundkarte. Laut Verfügung des Kommunalverbandes ist jeder Abnehmer verpflichtet, beim Einkauf von Braunkohle oder Briketts, die gleiche Menge Rohkohle zu entnehmen. Diese wird bei Herrn Carl Galle abgegeben. Dasselbe trifft auch für die Kunden von Meydorf und Wochra, welche bei Frau Seyffert angemeldet sind, zu. Die Grundkarten vom Monat Februar ab werden mit 2 1/2 Str. Rohle oder Briketts und 2 Str. Rohkohle für einen Monatsabschnitt geliefert.

Gröbba, Elbe, am 13. Februar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Ich überall ist. Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben, erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen werden fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Kein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung, sie entpringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Unverkennbar geht Wilson von der Leiden aus, Oesterreich-Ungarn gegen Deutschland auszuspielen. Graf Czernin's Rede wird nach Form und Inhalt über den grünen Aes gelobt, während Graf Hertling's Ausführungen als vage, verwirrend und unerschöpflich hingestellt werden. Diese Methode sind wir und unsere Bundesgenossen aber schon so lange gewöhnt, daß sie gewiß auch bei der neuen Wiederholung den erhofften Eindruck nicht machen wird. Graf Czernin wird sich für die Rolle bedanken, die ihm Präsident Wilson zuweist, indem er ihn als Gefesselten durch Oesterreichs Bundesgenossenschaft und Oesterreichs Abhängigkeit von Deutschland hinstellt.

Der Hauptvorwurf, den Wilson gegen den deutschen Reichskanzler erhebt, ist der, daß Graf Hertling über territoriale Veränderungen nur mit den einzelnen von ihnen hauptsächlich berührten Mächten verhandeln wolle, die neuen Grundlagen des künftigen Industrie- und Handelslebens dagegen der Regelung durch die allgemeine Friedenskonferenz vorbehalten sehen möchte. Gegen den Schluß seiner Rede stellt Wilson wieder mal die Grundzüge fest, die er für einen Friedensschluß angewendet haben will. Nur auf der von ihm gelegten Basis will Wilson in fortwährende Friedensbesprechungen eintreten, sonst aber weiter kämpfen. Dem Weltfrieden bringt uns seine Rede also leider wiederum nicht näher!

Das Ende von Brest-Litowsk.

Herr Trojko hat in Brest die Verhandlungen abgebrochen. Seine Erklärung des „Friedenszustandes“ ist tatsächlich nichts anderes als eine neue Kampfansage. Mit Recht hat Staatssekretär v. Kühlmann Trojko's Erklärung nur zur Kenntnis genommen. Was wir im Osten brauchen, sind klare und einwandfreie Verhältnisse. Diese wollten die Bolschewiken nicht herbeiführen, weil es ihnen nur darauf ankam, die Verhandlungen unauflösbar zu verhängen. Erst als sie merkten, daß dem Werkbund die Geduld gerieten war, entschlossen sich die Vertreter des Sowjets, die Verhandlungen abbrechen. Die Lage, die dadurch herbeigeführt wird, ist einfach und klar. Aber anders, als sie Trojko sich ausdachte. Denn er ist an seine Erklärung gebunden. Wir dagegen haben völlig freie Hand. Der Waffenstillstand ist rechtlich und tatsächlich beendet. Welche Konsequenzen von unserer Seite folgen, werden die nächsten Tage lehren. Der Reichskanzler hat sich mit Kühlmann ins Große Hauptquartier begeben, wo die Entscheidungen ihre endgültige Form erhalten. Wir haben auf keinen Fall Veranlassung, Trojko's Einladung nach Petersburg zu folgen. Die deutsche Abordnung, die dort weilte, hat bisher noch nichts erzielen können, da sich mit der bolschewistischen Anarchie Verhandlungen überhaupt nicht führen lassen.

Ein Funkdrach Anstos. Wie die Berliner Abendblätter melden, hatte der russische Oberbefehlshaber Anstos, dessen angebliche Gefangenahme durch polnische Truppen sich nicht bewahrheitet, in Gemeinschaft mit dem Mitglied des obersten Kollegiums, Florowski, in einem Funkpruch „an Alle“ den russischen Soldaten Mitteilung von dem Demobilisierungsbefehl gemacht; Frieden, Frieden, Frieden; der Krieg ist beendet! so hieß es in dem Spruch, der mit der Aufforderung schloß, die Pistolen zu wahren und durch keine Ausschreitungen die Friedensfeier zu tören. Drei Stunden nach der Ausgabe dieses Funkpruches erging ein neuer Befehl Florowski's, die Verbreitung der Mitteilung einzustellen.

Der Reichstag und der Frieden mit der Ukraine. Der Friedensvertrag mit der Ukraine dürfte dem Parlament alsbald bei seinem Wiedereintritt zugehen. Am Donnerstag, den 21. d. M., wird das Plenum sich voraussichtlich mit demselben befassen. Man rechnet damit, daß der Reichstag auf die Beratung nur einen Tag verwenden und daß der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede halten wird. Am Anstos an eine Besprechung der Parteiführer mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn von dem Busche v. Saldenhanzen nahm Abs. Trimborn vorgestern Veranlassung, dem Reichskanzler Grafen Hertling und dem Staatssekretär von Kühlmann im Namen aller Parteien Dank und Anerkennung für den ersten Friedensschluß auszusprechen.

Kriegsnachrichten.

Donnerstag und Luftkrieg.

Im Hinblick auf den Vergeltungsangriff der deutschen Flieger auf Paris ist verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, welche kriegsführende Macht zuerst die Angriffe gegen die Front gelegene Städte unternommen habe. „Journal de Genéve“ vom 6. Februar versucht zu beweisen, daß die Deutschen diese Angriffe unternommen hätten. Dieser halboffenen Behauptung gegenüber sei auf das unabweisbare englische Eingeständnis hingewiesen, das C. G. Grey in der Londoner Tageszeitung „Aeroplane“ vom 10. Oktober 1917 machte: „Die ersten Fliegerbomben in diesem Kriege wurden von englischen Marinefliegern auf Düsseldorf, Köln und Friedrichshafen geworfen. Das beweist, daß damals die Engländer den Nutzen von Bombenabwürfen erkannten. Es kann einem Übel werden, wenn jetzt fortwährend nach Vergeltungsmahregeln gefahret wird.“ Die Engländer sind also die ersten gewesen, die unbefestigte deutsche Städte mit Bomben beworfen haben, und wie auch bei dem letzten Angriff auf Paris war es stets nur notgedrungen die Abwehr und Vergeltung, wenn die Deutschen mit dem gleichen Mittel antworteten.

Englischer Bericht gefaßt. Das Reutersche Büro meldet am 10. Februar infolge eines Zusammenstoßes im Kanal gefunken. Ein Mann wird vermisst.

Unruhige Gerüchte. Gegenüber den von England verbreiteten Gerüchten, daß die Moral der Besatzungen der deutschen Tauchboote stark gelitten habe, erklärt der amerikanische Admiral Benson am 3. 1. vor dem Marineauschuß des Kongresses, die fraglichen Gerüchte seien unsinnig. Aus den Berichten deutscher Gefangener sei zu entnehmen, daß die Moral der Tauchbootbesatzungen die beste in der deutschen Marine sei. Benson legte gleichzeitig dar, daß der Apparat der sogenannten Tauchbootjäger die Erwartungen nicht erfüllt habe und die Deuten daher beschränkt worden seien.

Die Lage in Rußland.

Der Erlaß über die Annullierung der russischen Staatsanleihen. Folgendes Dekret über die Annullierung der Staatsanleihen, angenommen in der Sitzung des russischen Zentral-Exekutivauschusses vom 3. Februar, wird veröffentlicht: 1. Alle Staatsanleihen, welche von den Regierungen der russischen Bourgeoisie aufgenommen sind, werden vom 1. Dezember 1917 (a. St.) ab für ungültig erklärt, die Dezemberecoupons nicht mehr bezahlt. 2. Ebenso werden alle Garantien ungültig, die von diesen Regierungen den Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben sind. 3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert. 4. Annullierte Obligationen bleiben in Kraft. Prozente werden nicht gezahlt, die Obligationen selbst gelten wie Kreditheine. 5. Winderbemittelte Bürger, welche annullierte innere Anleihen bis zu 10000 Rubel besitzen, werden durch Anteile der neuen Anleihen der russischen sozialistischen Überarbeitenden Arbeiterrepublik entschädigt. 6. Einlagen in die staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitz der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen. 7. Ueber Entschädigung von Genossenschaften und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet. 8. Die Leitung der Liquidation der Anleihen hat der oberste Volkswirtschaftsrat. 9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank. 10. Die Feststellung der Winderbemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Erparnisse im vollen Betrage zu annullieren, welche nicht auf dem Wege der Arbeit erworben sind, selbst wenn dieselben die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

Verstaatlichung der Schifffahrt und Banken. Aus Petersburg wird gemeldet: Ueber die Nationalisierung der Handelsflotte wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Alle Schiffsunternehmungen, die Aktiengesellschaften, Handelsbanken und Großunternehmungen gehören, werden durch Dekret des Volksrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Ausnahmen hiervon werden bestimmt durch den Volksrat. Ferner wird das Projekt des Dekrets über die Konfiskation der Aktienkapitale der früheren Privatbanken veröffentlicht. Demgemäß werden alle diese Kapitalien in vollem Umfange konfiszieren und der Volksbank der russischen Republik übergeben. Alle Bankaktien werden annulliert und jede Dividendenauszahlung eingestellt. Unter der Bezeichnung Volkskommissionariat für Finanzen wird ein Finanzkollegium gegründet.

Die Vorgänge in Finnland. Der Betreiber und Führer der Weißen Garde von Uleaborg hat einen dringenden Appell durch die finnische Gesandtschaft in Stockholm an die schwedische Regierung, verknüpft mit der Bitte um sofortiges militärisches Eingreifen gerichtet. — Nach bei der finnischen Gesandtschaft in Stockholm eingetroffenen Telegrammen nimmt der Terrorismus der Roten Garde in Uleaborg unbeschreibliche Formen an. Die meisten Privathäuser sind geplündert, die Lebensmittel gestohlen worden, so daß außer bei den Roten Hungernot herrscht. Der Eroberer von Uleaborg, Rittmeister Ignazius, fragte bei der finnischen Gesandtschaft telegraphisch an, ob von Schweden Hilfe erwartet werden könne. Die russischen Soldaten plünderten, töteten, brennten und schiessen auf ihre Gefangenen mit Maschinengewehren.

Der Kriegsverlängerer Lloyd George. M. L. B. teilt mit: Durch den Friedensschluß mit der Ukraine und zugleich mit der Friedensklärung Trozkis ist die russische Dampfwaale, welche sich seit August 1914 auf dem Wege nach Berlin und Wien befand und von Lloyd George trotz mehrfachen Verlangens rücksichtslos immer wieder geheißt wurde, endgültig liegengelassen. Das Heilmittel mußten die Millionen russischer Arbeiter liefern, die für englische Eroberungsziele nutzlos ihr Blut vergossen und ihr eigenes Land in momentanes Unglück stürzten. Der Kriegsverlängerer Lloyd George hat unsonst versucht, aus dem militärischen Zusammenbruch Rußlands noch in letzter Stunde zu retten, was zu retten war. Die Siege Hindenburgs und Ludendorffs und des unvergleichlichen Volksheroes verdrängen ihm ein für allemal seine Rechnung und erreichen, daß aus dem Zweifrontenkrieg, der Deutschlands Untergang bringen sollte, der Einkontrentkrieg geworden ist, für dessen Weiterführung den englischen Premierminister allein die Verantwortung trifft. Die Ströme von Blut, die nach der Aienserklärung von Versailles noch vergossen werden sollen, werden lediglich auf den Willen dieses Mannes hin fließen, der der imperialistischen Ziele Englands wegen der ganzen Welt, den Kriegführenden sowohl wie den Neutralen, die Hoffnung und den Traum des lang-ersehnten allgemeinen Völkervertrages gekürzt hat.

Weitere Kriegsnachrichten.

Große Unzufriedenheit der englischen Arbeiter. Zu den neuerlichen Versuchen der englischen Regierung, zu einer Verständigung mit der Arbeiterschaft über das Decree-Verfahren zu gelangen, schreiben „Daily News“: Es liegen übermächtige Beweise für eine latente Unruhe in allen großen Industriezentren vor, die auf eine tiefergehende Unzufriedenheit und auf Mißtrauen gegenüber einer Regierung beruht, die sich unfähig erweist, den Willen der Demokratie auszu-

führen. Das einzige Hindernis zur Verwirklichung der nationalen Einheit ist die entschlossene Belagerung einer Gruppe von Staatsmännern, dem Volke die von ihm geforderte Bürgerpflicht zu geben, daß sie den Ideen, für die der Krieg geführt wird, treu sind. Belgien, Amerika und Rußland können von niemand selbstständiger Kriegsziele wegen verdrängt werden. Die Demokratie stehen im vollen Gegensatz zu dem Welt und dem Ton der Versailles Erklärung, zu den bekannt gewordenen Geheimverträgen und zu der hartnäckigen Belagerung der Entente-Regierung, ihre Kriegsziele vor der Welt zu verhandeln.

Derliches und Sächliches.

Miela, den 18. Februar 1918.

—* Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Stadtverordneten-Sitzung am 12. Februar von nachmittags 5 Uhr ab im Realprogymnasium. Vom Kollegium teilnahmen die Herren Stadtverordneten O. Hofmann und H. Schlegel. Als Vertreter des Rats wohnte Herr Bürgermeister Dr. Scheider der Sitzung bei.

1. Erneuerung der Innentreppe in den Mannschaftensküche A und B der 3ter Kaserne. Nach einer vorgenommenen Besichtigung der Treppe macht sich die Bewilligung eines größeren Aufwandes für Erneuerung nicht nötig. Die Kosten werden aus vorhandenen Mitteln des betr. Kontos im Haushaltspolizee gedeckt.

2. Verlegung der Gas- und Wasserleitung für das Gas- und Wasserwerk, sowie Errichtung einer Kassenbotenküche dortselbst. In einem Schreiben an den Rat erachtete der Gasanbaudirektor zur regelmäßigen und glatten Abwicklung der Kassenangelegenheiten die Errichtung einer Kassenbotenküche zur Einholung der Gas- und Wasserkosten und die Verlegung der Kassenleitungen des Gas- und Wasserwerkes in das Gaswerk mit Errichtung eines Girokontos als bringendes Bedürfnis. In diesem Vortrage äußerten sich zunächst der Stadtkämmerer, der Rechts- und Verfassungsausschuß wie auch der Wasserwerksauschuß. Vorgeklagt wird, die vom 1. Januar 1918 ab neu gegründete Kassenbotenküche Herrn Kontrollrat Scheide zu übertragen, an dessen Stelle Herr Kriehn tritt, während die Kassenangelegenheiten von Herrn Vormann zu führen sind. Der Rat stimmte dem bei und auch das Kollegium nahm nach einer Anregung des Herrn Stadtk. Hugo, der eine Veranschlagung des Gas- und Wasserwerksauschusses beauftragte, einstimmig die Veränderungen an.

3. Erhöhung der Reibrgebühren für den Schornsteinfeger. Herr Bezirkschornsteinfegermeister Röder wendet sich an den Rat mit einem Gesuch um Erhöhung der Reibrgebühren, da der seitliche Tarif seit 14 Jahren besteht und den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Eine Angliederung an die von der Königlich Amtshauptmannschaft im Jahre 1913 veröffentlichten Anordnungen wurde angestrebt. Danach erhöhen sich die Kosten für das Rehren der einseitigen Öfen von 10 auf 15 Wfg., der zweiflügeligen Öfen von 15 auf 25 Wfg.; für jedes Stockwerk über dem 2. Stock sind 5 Wfg. mehr zu zahlen. Die Säge für Wälder- und Schmiebesen sowie für Fabrikchornsteine schwanken zwischen 40 Wfg. und 3 Mark. Der Rat erklärte sich nach den Vorschlägen des Rechts- und Verfassungsausschusses mit der Erhöhung der Gebühren einverstanden. Auch das Kollegium nahm den Antrag einstimmig an.

4. Erhöhung der Gebühren für die Heimbürgerinnen. Die beiden Heimbürgerinnen in unserer Stadt bitten in einem Gesuch ebenfalls um Erhöhung der seitlichen Gebühren. Rat und Stadtverordnete erkannten die Gebührenerhöhung an und genehmigten die Bezahlung der Arbeiten nach folgenden Sätzen: 10 W. für Erwachsene, 7 W. für Kinder von 2-14 Jahren und 5 W. für Kinder bis zu 2 Jahren. Aus der Armenkasse sind 1,50 W. zu beantragen. Ausschmücken der Säuge und andere verlangte Arbeiten sind besonders zu vergüten. Die Gebühren sind direkt an die Heimbürgerinnen zu bezahlen; etwaige Reste werden, wie die Gemeindegeldern, zwangsweise eingehoben.

5. Unterbringung von Kindern auf's Land während der Ferien. Um einen Ueberblick zu gewinnen, erucht der Landesauschuß „Stadtkämmerer auf's Land“ um rechtzeitige Angabe des Bedarfes an Pflanzstellen auf 1918 für Kinder von 10-14 Jahren. Das Schreiben ist den Stadtdirektoren zwecks Randaufmachung von Kindern zugeht worden. Aus den Mädchenkassen kommen 110 Kinder, von denen 40 Kinder mit Beitragsleistung der Eltern angeführt sind, aus den Knabenkassen 18 Knaben und 2 Mädchen zur Unterbringung in Vorschlag. Der Rat hat beschlossen, 50 Kinder (20 Knaben und 30 Mädchen) während der Sommerferien auf's Land zu schicken und als Mindestbeitrag 15 W., als Höchstbeitrag 25 W. für ein Kind zu bewilligen. Als Berechnungsgeld kommen 1000 W. für den Zweck in Frage. Die Bildung eines Ortsauschusses wurde beauftragt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider gibt die allgemeine Bekanntheit des Landesauschusses bekannt und legt die Vorteile eines Landaufenthaltes für die Stadtkinder dar. Im Vorjahre sei eine derartige Vorlage an das Stadtverordnetenkollegium nicht gekommen wegen zu geringen Meldungen. Nur 3 Kinder seien untergebracht worden, wofür keine Kosten entstanden. Da die Eltern aber vielfach die Kosten selbst tragen, wenigstens einen Teilbetrag davon, würden die hierfür dieses Jahr in Aussicht genommenen 1000 Mark nicht aufgebraucht werden. Die Summe könnte aber herausbringen, wenn nebenbei Kosten für Beschaffung von Kleider für das oder jenes Kind, für Hindernisse und Abholen oder für Beschaffung von Ausstattungsgegenständen gedeckt würden. Die Ferienkolonie würde durch diesen Landaufenthalt nicht unterbrochen. Herr Stadtk. Keger stimmt im Hinblick auf die anderwärts gemachten günstigen Erfahrungen des Landaufenthaltes der Vorlage des Rates zu und beantragt, die 1000 Mark Berechnungsgeld zu bewilligen. Das Kollegium beschließt demgemäß.

6. Ausführung der Rede- und Zeichenhalle auf dem Friedhofe betr. Nach Vortrag der in früheren Sitzungen der Stadtverordneten, des Bauauschusses und des Kirchenvorstandes gefaßten Abänderungsbeschlüsse des Bauprojekts gelangte der jetzige Ratsbeschuß mit den zur Durchführung gekommenen Veränderungen zur Kenntnisnahme des Kollegiums. Die Kosten erhöhen sich durch die Veränderungen und Vertierung des Materials nach dem Kostenanschlag des Professor Kühne von 90000 W. auf 120000 W. Herr Bürgermeister Dr. Scheider schlägt dem Kollegium vor, dem Ratsbeschuß beizutreten. Auf seine persönliche Vorschlagsnahme ist Herr Professor Kühne für den neuen Plan eingetreten, mit dem eine Kriegergedächtnis durch Andringen von Inschriften der gefallenen Soldaten unserer Kirchengemeinde verbunden werden soll. Ferner soll ein Laubengang eingebaut und ein größerer Raum beim Haupteingang gewonnen, sowie eine bequemere Stellung der Halle zum Zufahrtsweg ermöglicht werden, sodas sich eine Veränderung des früheren Bauplanes in mancher Hinsicht nötig machte. (Zeichnung und Modell der Halle waren zur Ansicht ausgestellt.) Für die Preisfestsetzung kommen gegen Arbeiten in Friedenszeiten teilweise 75-100% in Aufschlag. Ueber den Zeitpunkt des Baubeginns solle nicht vorgegriffen werden, freie Hand dazu bleibe uns vorbehalten. Zweckmäßig sei, daß mit den Vorarbeiten baldigst begonnen werden könne. Herr Stadtk. Keger tritt für das Projekt ein; nach den Erklärungen des Herrn Professor Kühne sei eine Dinausziehung der Vorarbeiten des Projektes nicht zu empfehlen. In zustimmender Weise äußerten sich auch die Herren Stadtk. Schneider und Bergmann. Auf eine Frage des Vaters, wieviel Personen die Diebstahl-

stoffe, wird geantwortet, daß 218 Stühle vorhanden seien. Die Ausführung des Baues wird in die Hände der Architekten Lohow & Kühne gelegt. Der Rat ist den Beschlüssen des Bauauschusses und des Kirchenvorstandes beizutreten und einstimmig beschließt auch das Kollegium die Ausführung des Baues nach dem nunmehrigen Entwurfe.

Herr Stadtverordneter Komberg bringt den Mangel an Wohnungen zur Sprache. Es sei bekannt geworden, daß das Laubengangwerk für längere Zeit das Grundstück „Kaiserhof“ mietete und daß Herr Fabrikbesitzer Wenzel mehrere Grundstücke erworben habe, um Wohnungen für ihr Personal einzurichten. Es sei bedauerlich für die Familien, die dadurch wohnungslos würden und sehr schwer andere Wohnungen finden. Eine Aufhebung des Bauverbots und Belechtungen im Bauwesen würden anzustreben sein. Ein von ihm eingebrachter Antrag ersucht den Rat, dem bestehenden Wohnungsmangel Abhilfe zu schaffen und den Wohnungsbau zu fördern zu suchen. Herr Stadtk. Keger regt die Gründung eines Ausschusses für die Uebernähmungsfrage aus dem Kriege in den Frieden an. Eine Menge Fragen würden an uns herangetragen, die einem nicht allzu großen Ausschusse aus Ratmitgliedern und Stadtverordneten zur Regelung zu übertragen seien. Dieser Ausschuss könne sich auch mit dem Bauwesen befassen. Es seien Fälle bekannt, in denen Familien keine Unterkunft gefunden haben und deshalb nach auswärtig ziehen mußten. Herr Stadtk. Keger meint, daß der Standpunkt des Herrn Stadtk. Keger als dem Herrn Komberg zu, der noch nicht für seinen Antrag eintritt. Herr Stadtk. Schneider wünscht den Ausbau von Wohnhäusern, wenn er auch unter beschwerlichen Umständen auszuführen sei, unterstützt aber im übrigen beide Vorschläge. Herr Stadtk. Bergmann betont, daß nicht nur Wohnungsmangel, sondern sogar Wohnungsnot eingetreten sei durch die scharfe Bauordnung unserer Stadt. Er wünschte, daß auch Herren aus dem Bürgerkreise zum Ausschusse für die Uebernähmungsfrage hinzugezogen würden. Herr Stadtk. Wörster, Vorsteher der Arbeitervereine zum Ausschusse für die Uebernähmungsfrage tritt dem Antrage des Vorstehers bei und verpflichtet sich damit einen Erfolg, wenn nicht, dann wäre wenigstens der Wille gezeigt, Abhilfe zu schaffen. Auch dem zweiten Antrage stimmt er zu. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, daß mit der Wohnungsnot auch andere Fragen in Verbindung ständen und stimmte den Vorschlägen bei. Die Bauordnung sei obrigkeitlich verhängt und gegen eine solche Maßnahme des Generalkommandos sei schwer anzufechten. Er schilderte die Schwierigkeiten im Bauwesen und hob hervor, daß wir uns jedenfalls mit der Wohnungsfrage beschäftigen müßten. Ein Plan zur Gründung des Ausschusses sei bereits in Ausarbeitung. Das Kollegium nahm den Antrag des Herrn Stadtverordneter Komberg an und auch den zur Gründung eines Ausschusses für die Uebernähmungsfrage mit dem Zusatzbeilage des Herrn Bergmann an.

—* Auszeichnungen. Dem Soldaten Kurt Scheinert, Sohn des Bugschaffners Gustav Scheinert, hier, ist das Eisernes Kreuz 2. Klasse verliehen worden. — Dem Schützen Erich Blätgen, Sohn des Fuhrmanns Karl Franz Blätgen von hier, wurde die Friedrich August-Medaille in Bronze verliehen.

Die Wohltätigkeitsveranstaltung der vereinigten Männergesangsvereine, die gestern im Stern-Saal zum Besten des Vereins „Heimadant“ stattfand, hatte sich eines überaus starken Besuches zu erfreuen. Das Wort, daß der Prophet im eigenen Vaterland nichts gilt, kam also gestern abend nicht zu seinem Recht, denn der gute Besuch war großen Teils sicherlich dem Umstand zuzuschreiben, daß an der Ausgestaltung des Abends einheimische Kräfte hervorragenden Anteil hatten. Von den mitwirkenden auswärtigen Künstlern trug Fr. F. Wagner sehr zum Gelingen der Veranstaltung bei. Sie bezeugte zwar bei ihren Vorträgen im ersten Teil (vier Volkslieder) zunächst einer gewissen Zurückhaltung bei der Zubehaltung, ihr sympatischer Sopran und ausdrucksreicher Vortrag gemannen ihr jedoch mit jedem Liebes immer mehr Zuneigung, die sich am Schluß in lebhaftem und wohlverdientem Beifall kundgab. Herr Opernsänger Karl Schum (Tenor) bot im ersten Teil ebenfalls vier Volkslieder. Auch er sah sich zwar durch regen Beifall belohnt, aber offenbar ist er als Liedersänger doch nicht so recht auf seinem Gebiet. Dagegen zeigte ihn sein Auftreten im Singpiel als Sänger und Darsteller von vortrefflichen Eigenschaften. Die vereinigten Männergesangsvereine schufen im ersten Teil mit ihren Chören Leistungen, die ihnen und Herrn Kirchenmusikdirektor Fischer aufrichtigste Anerkennung sichern mußten. Sämtliche vier Lieder wurden in jeder Hinsicht so ansprechend herausgebracht, daß es schwer war zu sagen, welchem Vortrag die Palme gebührte. Im ersten Teil des Abends sahen sich die Zuhörer fast ausschließlich im Sinne des deutschen Volksliedes. Die Vorträge der Solisten waren Bearbeitungen alter Volkslieder von Lemmer, Weimar und Ivan Schönebaum, während der Männerchor in der Hauptrolle Sächsischer Weisen bevorzugte. Herr hielten wir wieder einmal kurze Pausen in diesem Urquell deutschen Empfindens und Wesens und nahmen eine kräftige Verstärkung mit hinweg. Die Garnisonkapelle unter Obermusikmeister Pimmeler leitete den ersten Teil mit der Ouvertüre zur Oper „Lindine“ ein, an deren Wiederkehr man seine ungetrübte Freude haben konnte. Auch die Melodien aus der Operette „Die Fledermaus“ fanden eine aufmerksame und dankbare Zuhörerlichkeit. Der zweite Teil brachte die Aufführung des heiteren Bühnenstücks „Die Leber von Schildeau“ Dichtung und Musik von Frau Schönebaum. Die Bekanntheit mit dem Werkchen gestaltete sich für die Besucher zu einem vergnüglichen Ereignis, das nach der musikalischen Seite hin geeignet ist, auch nachhaltig zu wirken. Ueber den musikalischen Teil ist bereits in Nr. 35 ds. Bl. von beleuchteter Seite des Komponisten einiges gesagt worden. In vielen Punkten vertritt die Musik selbst polyphonen Charakter. Direkt kontrapunktisch gearbeitet sind der Schluß des Duetts „Herr Landrat, meine Reversen“, der Chor mit darüber gelegtem Quartett „Woh, woh, Kage bricht herein“ und der Schlußchor mit darüber gelegtem Quartett „Ja, es gibt nur ein Glück“. Diesen musikalisch aufs höchste entwickelten Stellen stehen wieder Sätze von abwechselnder Einfachheit gegenüber, wie im Lied des Bürgermeisters, wo ein nur zweistimmiger Kontrapunkt („Ach, der Satan, sagt Euch Groß, steht allein im Alkohol“) überraschende Wirkung erzielt. Motivatisch angelegt sind die Introduction und das Finale, das nicht mehr dem Operetten-, sondern dem Opernstile angehört. Die Aufführung klappte ausgezeichnet. Man spürte deutlich, daß die Vorstellung mit viel Mühe und Fleiß vorbereitet war, daß jeder einzelne der Mitwirkenden mit Eifer bestrebt war, seine Aufgabe zur Zufriedenheit zu lösen. Diesen Eindruck vermachte auch das störend wirkende laute Sprechen des Souffleurs nicht zu vermissen. Anerkennung verdiente das Zusammenspiel, wie auch die ansprechende szenische Aufmachung. Die Reversen am Anfang und die Massenfiguren am Schluß gaben gutwirkende Bilder. Fr. F. Wagner als Anneliese und ihr Partner Karl Schum als Hans blieben ihren Rollen treu. Die sie genialisch und darstellerisch bis ins kleinste ausgearbeitet und klar charakterisiert durchführten. Ihr Zusammenspiel im vierten Bild schuf eine überaus wirkungsvolle und ergötliche Szene. Mitwirkende aus der Sängerschaft waren: Herr Carl Liebel (Landrat), Herr Wachmann, für Herrn Gott Krause, der erkrankt war (Bürgermeister) und Herr Joh. Sohn (Wirt). Sie wendeten sich die Blanke Eins. Auch die Herren Baumgärtel, Gerold, Kiemmer und Weibel stellten

den Schmied, Feder, Schneider und Schuster gewandt war. Die prächtigen Gefangensnummern, sowohl die Einzelgefänge, wie auch die Chöre, Quartette usw. gelangen fast durchweg aufs Beste. Hr. Wagner hat Fortschritte. Das Orchester stellt die Garnisonkapelle, die ihre Aufgabe mit bewährter Zuverlässigkeit durchführt. So war sowohl dem Dichterkomponisten, wie auch allen Mitwirkenden ein voller Erfolg beschieden, wobei neben der anregenden Stimmung im Saale auch der selbstende starke Beifall am Schluß den Beweis erbrachte. Geleitet wurde die Aufführung durch den Dichterkomponisten Herrn Johan Schönebaum, der am Schluß mit einem Lorbeerkränze ausgezeichnet wurde. Hr. Olbe Wagner wurde durch Ueberreichung einer Blumenkränze gedankt. Der Abend wird einem ebenso guten finanziellen als künstlerischen Erfolge gedreht und bei allen Teilnehmern einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben.

Freibriefen. Diebstähle. Innerhalb der letzten drei Wochen sind bei einer hiesigen Firma 8 Freibriefen, doppelt gerührt, 10 cm breit, 8 mm stark, entwendet worden. Für Ermittlung des Täters hat die betreffende Firma eine Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man bei der hiesigen Polizei melden.

Wählbarkeit der Gemeindebeamten in die Gemeindevereinigungen. Als Räumliches Gesetz Nr. 22 ist der Entwurf eines Gesetzes bei der Zweiten Kammer eingebracht, wonach durch Veränderung des Absatzes 2 des § 46 der Reichsweiten Städteordnung vom 24. April 1878 und des Absatzes 2 des § 25 der Landgemeindevereinigungsordnung in der Fassung vom 11. Juli 1918 den Gemeindebeamten das passive Wahlrecht für die Gemeindevereinigungen verliehen wird. Zur Begründung ist u. a. ausgeführt: Die Regierung geht von der Entwicklung, die der Gemeindebeamtenhand seit der Schaffung der (im Landtag und von den Landesvertretungen) angeordneten Bestimmungen genommen hat, voraus, daß der Gemeindebeamte die richtige Stellung zu seiner Amtspflicht auch als Gemeindevereinerter finden wird, und sie befürchtet einen Zusammenstoß zwischen dem eigenen Interesse des Beamten und dem Interesse der Gemeindevereinerter. Als Räumliches Gesetz Nr. 22 ist der Entwurf eines Gesetzes bei der Zweiten Kammer eingebracht, wonach durch Veränderung des Absatzes 2 des § 46 der Reichsweiten Städteordnung vom 24. April 1878 und des Absatzes 2 des § 25 der Landgemeindevereinigungsordnung in der Fassung vom 11. Juli 1918 den Gemeindebeamten das passive Wahlrecht für die Gemeindevereinigungen verliehen wird. Zur Begründung ist u. a. ausgeführt: Die Regierung geht von der Entwicklung, die der Gemeindebeamtenhand seit der Schaffung der (im Landtag und von den Landesvertretungen) angeordneten Bestimmungen genommen hat, voraus, daß der Gemeindebeamte die richtige Stellung zu seiner Amtspflicht auch als Gemeindevereinerter finden wird, und sie befürchtet einen Zusammenstoß zwischen dem eigenen Interesse des Beamten und dem Interesse der Gemeindevereinerter. Als Räumliches Gesetz Nr. 22 ist der Entwurf eines Gesetzes bei der Zweiten Kammer eingebracht, wonach durch Veränderung des Absatzes 2 des § 46 der Reichsweiten Städteordnung vom 24. April 1878 und des Absatzes 2 des § 25 der Landgemeindevereinigungsordnung in der Fassung vom 11. Juli 1918 den Gemeindebeamten das passive Wahlrecht für die Gemeindevereinigungen verliehen wird. Zur Begründung ist u. a. ausgeführt: Die Regierung geht von der Entwicklung, die der Gemeindebeamtenhand seit der Schaffung der (im Landtag und von den Landesvertretungen) angeordneten Bestimmungen genommen hat, voraus, daß der Gemeindebeamte die richtige Stellung zu seiner Amtspflicht auch als Gemeindevereinerter finden wird, und sie befürchtet einen Zusammenstoß zwischen dem eigenen Interesse des Beamten und dem Interesse der Gemeindevereinerter.

Duplikatfrachtbriefschwindel. Im Dezember 1917 sind abermals mehrere Firmen durch einen Duplikatfrachtbriefschwindel um größere Summen geschädigt worden. Wie in den meisten Fällen, ist der Schwindler mit den Geschädigten nicht persönlich in Verbindung getreten, sondern er hat in der bekannten Weise in einer auswärtigen Zeitung inseriert und die Inseraten, bezw. Bestellungen telegraphisch oder durch Briefe beantwortet. Die Ausführung dieses gemeingefährlichen Schwindels wird den Beträgern insofern äußerst leicht gemacht, daß die Besteller in geradezu leichtsinniger Weise, ohne jede Prüfung der Sachlage, und ohne vorher eingezogene Erkundigung, mit dem Schwindler in Verbindung treten und immer wieder dem Schwindler in Verbindung geben die Summe für die angedeuteten abgekauften Ware an eine auswärtige Bank zu überweisen, die den Auftrag erhält, den Betrag gegen Vorlegung eines Duplikatfrachtbriefes auszuhändigen. In der Regel ist an eine Abhebung der Ware nicht zu denken, sondern den betreffenden Banken wird ein gefälschter Duplikatfrachtbrief, der sich mit dem vom Besteller und den angelegten Absender getroffenen Abmachungen ziemlich deckt, vorgelegt, und der Betrag wird ohne weiteres ausgezahlt, obwohl die Fälligkeiten der Duplikate oftmals leicht erkennbar sind. Ein Ausweis wird bei der Auszahlung nicht verlangt, und da die Betrüger falsche Namen angeben, und nach der Auszahlung der Beträge verschwinden, sind die Ermittlungen der Kriminalpolizei mit den größten Schwierigkeiten verbunden und oft erst 6 od. 7 Jahre nach dem Vergehen auf diesen Gebieten arbeitenden Beamten schrittweise nach und nach Millionen in die Hände gefallen. Vorzugsweise werden auch Inferieren größere Tageszeitungen, aber auch Fachblätter gewählt, mit Warenanzeigen, die vom Markt ziemlich verschwunden sind und deshalb im Preise steigen. Dem immer mehr um sich greifenden gemeingefährlichen Schwindel mit

Deutscher Generalstabbericht.

(Militär.) Großes Hauptquartier, 13. Februar 1918.

Beckler Kriegsplan.
Gezehrgrube Kronprinz Rupprecht und
Gezehrgrube Deutscher Kronprinz.
Stärkere Erkundungsabteilungen, die der Feind nördlich von Lens und nördlich vom Oulgan-Bade ansetzte, wurden im Nahkampf abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtsstärke auf kleineren Erkundungen und Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Gezehrgrube Geras Albrecht.
Nach heftiger Feuerkämpfung zwischen Alzey und der Mosel trafen mehrere französische Kompagnien bei Remenauville und im Westteil des Vielerwaldes gegen unsere Linie vor. Nach kurzem Kampfe wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Gefangene blieben in unserer Hand. Am Sudelskopf und am Hartmannswieskopf Artillerie- und Minenkampf.

In Vergeltung feindlicher Bombenwürfe auf Saarbrücken am 5. Februar griffen unsere Flieger gestern Abend die Stellung Nancy mit Erfolg an.

Wagebanische Front.
Bei Monastir und am Vardar Artillerie- und Fliegertätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der erste Generalquartiermeister: **Sudenhoff.**

Duplikatfrachtbriefen muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten werden, was durch Aufklärungen durch die Presse, Bekanntgabe an die Banken usw., erfolgen könnte.

Ein unwürdiges Verhalten. Zur Warnung vor falschen Angaben bei Anträgen auf Bezugsscheine möge ein Vorfalle dienen, der sich vor kurzem in einer schlesischen Stadt zugetragen hat. Eine junge Dame der besseren Stände beantragte eine Damen-Feinweberei und gab dabei die ebensolche Versicherung ab, daß sie nur zwei weiße dünne Volleblusen und eine seidene Bluse bestelle. Bei der Nachprüfung der Bestände in der Wohnung der Eltern wurde jedoch ein Vorrat an Kleidungsstücken festgestellt, der weit über das Notwendigste hinausging (u. a. zehn bunte Blusen, zwei Wollblusen, eine wollen Bluse und sechs Hausblusen). Auf Grund der Strafandrohung des Magistrats wurde die Dame vom dortigen Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 100 Mark oder zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt. Einzig die Tatsache, daß sie einen Teil ihrer Bestände freiwillig der Arbeitslosengasse zur Verfügung gestellt hat, ohne dafür eine Abgabebekundigung zu verlangen, hat die Rechtsbeschuldigung vermindert, von einer Entgegnung ihrer Vorfälle bis auf den notwendigen Bestand absehen. Wer heute ohne dringende Notwendigkeit einen Bezugsschein beantragt, veründigt sich an der Allgemeinheit; wer vor den Auffertigungsstellen noch dazu bewußt unwahre Erklärungen abgibt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er gerichtlicher Bestrafung und der Enteignung seiner überflüssigen Bestände verurteilt.

Gräber. Der Gefreite Max Welbrauch von hier wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

Reithaus. Der Soldat Ernst Naumann, Sohn des Schiffsbauers Robert Naumann, ist mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden.

Kaufeis. Soldat Walter Melchior, Inf.-Regt. 102, 3. Kompanie, 4. St. verwundet im Stadtkrankenhaus Barren (Hild.), Sohn des Gutsbesizers V. Melchior, selber in Braunk., jetzt in Kaufeis, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse und der Friedrich-August-Medaille in Bronze ausgezeichnet.

Dresden. Einer der ehrwürdigsten Bürger Dresdens, der Geheimrat Professor Dr. Viktor Böhmert, ist gestern Abend von einem Straßenbahnwagen überfahren und heute Vormittag an den erlittenen schweren Verletzungen gestorben. Mit ihm ist ein hervorragender Sozialpolitiker, Volkswirt und Statistiker geschieden.

Musik. Bei einem Bauer in einem Dorfe des gesegneten Altendburger Landes erhebt ein sogenannter Hamster und bietet für einen Schinken 300 Mark. Der Bauer hatte aber 2 Schinken auf Lager und läßt sich dafür 600 Mark bezahlen. Erst recht zahlte er dem Städter auf einen Kaufmarkt 400 Mark zurück. Eine Stunde später erkennt er, daß der Schinken falsch ist, und der Hamster hatte außer den Schinken noch 400 Mark bares Geld.

Sittau. Lustiges Leben herrscht trotz aller Kriegsnöte in den benachbarten böhmischen Grenzorten. Neben öffentlichen Tanzsälen werden die üblichen Restaurant-Saalsäle, Koffim-Fachsingstränken und ähnliche Vergnügungen ganz wie im Frieden abgehalten. In dem eine knappe Meile von hier gelegenen Städtchen Grottau fand am Sonntag in zwei Sälen gleichzeitig Ballmusik statt. Auch für den gestrigen Faschachtsdienstag fehlte es daran nicht. Zu den Tanzmusik finden sich trotz der Grenzsperrung noch reichlich viel Besucher aus den sächsischen Ortswästen ein. Um den Vorken nicht in die Hände zu

fallen, müssen die Beschlagnahmer bei der Heimkehr in dunkler Nacht oft die dahinschreitenden Wege einschlagen.

Stollberg i. G. Der Rat beschloß die Errichtung einer Wächterfortbildungsschule für Mädchen mit einem einjährigen Lehrgang ab Herbst 1918.

Kornbach i. H. Auf höchst eigenartige Weise wurden im Staße eines hiesigen Landwirtes zwei Pferde vom elektrischen Strom getötet. Durch Kurzschluß in einem benachbarten Haus verflachte sich der Strom so sehr, daß er sich über eine Eisenbahn in die Ketten der Tiere leitete und die Pferde auf diese Weise tötete. Die Ketten waren durch den Strom glühend heiß geworden.

Waldau. Erleichterung im Grenzverkehr fordert die Zwilauer Bezirksvertretung in einer Eingabe an das Kriegsministerium, das R. u. A. Ministerium des Inneren, das Militärkommando in Leitmeritz und an das Generalkommando des Königlich Sächsischen 12. Armeekorps. Technische Eingaben haben alle übrigen Grenzbezirke an diese Stellen gerichtet.

Wlauen i. B. In Neundorf bei Burgk a. d. Saale hatte, wie die Ortspresse berichtet, die unverhoffte Revision des Tragtorbes einer Frau aus Wlauen ein gutes Ergebnis. Es wurden 84 Pfund Schinken und eine große geräucherter Wurst vorgefunden. Die wertvollen Nahrungsmittel wurden der Frau abgenommen und nach Greiz geschickt. Sie gab an, Fleisch und Wurst in der Gegenränder Wand gekauft zu haben; sie hätte für das Pfund Schinken 18 Mk., zusammen 1100 Mk., bezahlt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Der Reichsdansler veröffentlicht eine Verordnung über die Vornahme einer Viehzählung am 1. März 1918 und eine Bekanntmachung über den Reichsausfuhr für den Wiederaufbau der Handelsflotte.

Bermischtes.

Für 70000 Mark Gepäc gekauft. In der Modenstraße wurde gestern ein Gepäcwagen, der mit zwei Schimmeln bespannt war, und der V. a. B. a. gehörte, in einem unbewachten Augenblick gestohlen. Der Wagen, der die Nummer 39 trägt, hatte noch für 70000 Mark Gepäc aller Art geladen.

Einheitsmöbel und anderes. Die Kriegsverhältnisse haben bekanntlich auch auf den Möbelmarkt zurückgewirkt und eine recht fühlbare Not an Hausrat aller Art geschaffen. Dem gegenüber sind die Vorkehrungen, die da und dort in deutschen Ländern zur Vorsehung der Not vorgenommen worden sind, von großem allgemeinen Interesse. So werden nach der Mitteilung eines Fachblattes gegenwärtig in Wollensbüttel mit der Tischlerinnung Verhandlungen geführt wegen der Herstellung von Einheitsmöbeln. Zur Beschaffung der Rohstoffe will die Stadt die erforderlichen Schritte tun und zu dem Zwecke einen Kredit von 20- bis 30000 Mark zur Verfügung stellen. Auch die Stadt Köln hat ähnliche Maßnahmen getroffen. Die dortigen Stadtverordneten bewilligten zwei Millionen zur Gründung einer städtischen Möbelwerkstätte, und bereits hat die Stadt Verträge über die Lieferung von mehreren tausend Einrichtungen abgeschlossen. Für Kriegsgeordnete werden vorläufig 4000 Zimmer eingerichtet bereit gestellt. Beim Verkauf der Möbel soll der Kleinhandel gegen einen entsprechenden Nutzen herangezogen werden. Auch Dortmund ist gewillt, der Möbelnot zu steuern; eine Gesellschaft zur Beschaffung von Hausrat für Kriegsgeordnete ist in der Bildung begriffen. Die Stadt will sich daran mit einer Einlage von 18000 Mark beteiligen und ihr außerdem einen Kredit von 250000 Mark zur Verfügung stellen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. Februar 1918.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Zu Wilsons Antwort an Clemens und Czernin sagt das Berl. Tagbl.: Die schönklingenden Worte könnten nicht vergessen machen, daß der Oberste Kriegsrat der Alliierten in Versailles den allgemeinen Frieden bis auf weiteres verworfen hat. Dieser Kriegsrat hat als die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bezeichnet den Krieg mit der äußersten Kraftanstrengung fortzuführen, bis die Bedingungen der Alliierten erfüllbar seien. Wilsons Pläne können nicht vergessen machen, daß diese Bedingungen für Deutschland unannehmbar sind. Die neue Rede zeigt die Neigung Wilsons, die Friedensdiskussion fortzusetzen. Das kann aber erst an dem Tage praktischen Wert gewinnen, wo auch die Gesamtpolitik der Entente sich zu Gunsten des allgemeinen Friedens entscheiden wird. Der „Kotlans“ schreibt: Wenn Wilson die Rede des Grafen Hertling vage und verwirrend findet, so wird man eher sagen können, daß der trübe Strom seiner Beredsamkeit auch diesmal nach Möglichkeit undurchsichtig gehalten ist. Der Gerichtshof der Menschheit, den er als maßgebend für die Anwendung seiner Prinzipien erklärt, ist doch nur

Harte Prüfung.

Roman von Max Soffmann.

Nachdruck verboten.

1. Kapitel.

In dem großen Zimmer, dessen blattverhängte Fenster nach dem Vorgarten der Villa gingen, hörte man rasch ab und zu die Schritte des im Bett liegenden alten Herrn. Jede der drei, außerdem noch anwesenden Personen bemühte sich, die Stille des Krankenzimmers so wenig wie möglich zu stören, und es herrschte jene gedämpfte Stimmung, in der einer den anderen scheu ansieht, um ängstlich um dessen Anblick etwas Unausgesprochenes zu lesen, voll Furcht, daß jeden Augenblick das Leise, Schwache und doch Unabwendbare eintreten könne.

Frau Regierungsrat von Marleben, die junge Frau des Kranken, stand am Kopfende des Bettes und betrachtete mit aufwallender Ruhe in den schönen Tagen den ganz zusammengekauften, weißhaarigen Gatten; die hochgewachsene Krankenschwester, eine Schwester, machte sich im Hintergrunde an den auf dem Tisch stehenden Flaschen zu schaffen, und Fritz, der Sohn, sah mit vorgebeugtem Körper auf einem Stuhl, hatte den Kopf in die Hände gelegt und starrte mit düsteren Blicken auf den Todigen.

„Er bleibt lange,“ sagte er endlich. Die schwache Stille schien ihm offenbar verlich zu sein.

„Das sind ja nicht,“ versetzte die junge Frau. Vor einer Stunde ist er benachrichtigt worden, und da kann er gewiß nicht so schnell abkommen.“

„Von wem spricht Ihr?“ fragte der Kranke stöhnend. „Ach so, von dem Justizrat! Wenn er nur erst da wäre. Ich fühle mich so sehr schwach.“

„Was denn überhaupt nötig, Papa?“ fragte Fritz freundlich. „Um ein Testament zu machen, dazu genügt doch jetzt ein einfaches Schriftstück mit eigenhändiger Unterschrift. Damit wäre die Sache erledigt gewesen, auch ohne den Justizrat.“

„Nein, nein“, versetzte der Kranke erregt. „Besser ist besser. Ich bin noch vom alten Schlage, und es muß alles seine richtige Ordnung haben. Nicht wahr, Berta?“ Er

warf ihr einen ärztlichen Blick zu, den sie etwas gezwungen erwiderte.

„Ganz wie Du es haben willst, lieber Mann. Obwohl Du weißt, daß ich der Meinung bin, auch Fritz müßte.“

„Nein, nein“, warf der junge Mann rasch dazwischen. „Ich verzichte von vornherein. Das ja nicht nötig, während Sie, Frau Mutter, den Betrag sehr wohl brauchen können. Im übrigen lieber Papa, ist es meiner Ansicht nach bloß eine Form. Denn Du wirst bald wieder hergestellt sein und Dich noch eine ganze Zeit Deines Lebens freuen.“

Der Kranke schüttelte energisch den Kopf. „Daran ist gar nicht mehr zu denken. Ich fühle, es geht mit mir zu Ende. Und ich ziehe das auch einem Leben vor, wie ich es in der letzten Zeit gehabt habe. Diese Schmerzen möchte ich nicht mehr länger ertragen. Der Arzt ist doch auch bestellt?“

Frau Berta sah auf die Schwester. „Fräulein Magdalene hat es besorgt, und Doktor Walchow will heute Abend noch einmal kommen.“

„Ja, er muß mir eine Morphiumeinspritzung machen, damit ich einige Stunden Ruhe habe.“

Es klingelte draußen, und die Schwester ging hinaus, um gleich darauf einen jovial aussehenden Herrn in den sechziger Jahren einzulassen.

„Justizrat Deinrotz ist da“, wandte sich Frau Berta zu ihrem Mann, und der Gemeibete trat teilnahmsvoll an das Bett.

„Dank, daß Du gekommen bist, lieber Freund“, sagte der Regierungsrat. „Ich — ich möchte gern erst einige Worte mit Dir allein sprechen.“

Die anderen Anwesenden sahen sich auf diesen Wunsch sofort zurück, und die beiden alten Herren waren allein.

„Du weißt, daß meine Krankheit unheilbar ist, und daß meine heutige Aufregung bedauerlich“, begann der Regierungsrat ruhig und gefaßt. „Und auf eine abwehrende Bewegung des Justizrates lahe er mit Bestimmtheit fort: „Nein, nein, gib Dir man keine Mühe, mir etwas vorzureden! Wir alten Jugendfreunde wollen uns doch ge-

genseitig nichts vormachen. Also, um gleich zu dem dringenden Punkt zu kommen: Meine Frau wird ja eine gute Pension haben, aber ich möchte sie doch auch sonst noch sicher stellen, soviel in meinen Kräften steht. Diese Villa und mein sonstiges Vermögen soll ihr ganz allein gehören.“

„Alles?“

„Ja, alles. Mein Sohn hat sich in Amerika ein Vermögen erworben und braucht nichts von mir. Sie aber ist von Hause aus arm und recht unerfahren im Leben — und ich liebe sie so sehr.“

„Wird aber Dein Sohn unter allen Umständen einverstanden damit sein?“

„Ich habe schon mit ihm darüber gesprochen. Ja, er ist einverstanden. Er gönnt ihr alles, obwohl er sonst nicht gerade gut auf sie zu sprechen ist.“

„Er war ja wohl mit Deiner Wiederverheiratung vor vier Jahren nicht einverstanden?“

„Du lieber Himmel, so ist es immer, wenn ein älter Mann noch einmal Frühlingsergüsse in sich erwecken fühlt. So wurde auch ich von ihm und von manchem meiner Freunde scheinbar angelesen, als ich als zweizehnjähriger das vierundzwanzigjährige, blühende Mädchen heiratete.“

„Und Du verlorst Deinen Sohn dadurch,“ warf der Justizrat mit einem Anflug von Bitterkeit ein.

„Glaube das nicht, lieber Freund! Fritz ist mir augenab gegeben wie immer. Aber er ist ein offener, fast zu offener Charakter, und so gestand er mir gleich nach der still gefeierten Hochzeit, daß er befürchte, er könne seine junge, schöne Mutter nicht mit den Augen eines Sohnes ansehen.“

„Aber Du sagtest doch eben selbst, daß er nicht gerade gut auf sie zu sprechen sei?“

„Doch allerdings! Damals war das ganz anders.“ Der Justizrat ließ einen pleidenden Ton hören. „Ach so! Er floh damals gewissermaßen vor sich selber nach Amerika?“

Fortsetzung folgt.

